

13./II. 1918.

## Deutschlands und Oesterreich-Ungarns wirtschaftspolitische Zukunft.

Von einer Seite, die in berufener Verbindung mit der deutschen Weltwirtschaft steht, gehen uns die nachstehenden beachtenswerten Ausführungen zu. Wir geben diese Ausführungen, die den Gegenstand in eine andere Beleuchtung rücken, wieder, obwohl inzwischen schon von österreichischer Seite der Auffassung widersprochen worden ist, daß die eingeleiteten Verhandlungen die Bildung eines Zollbundes zum Ziele haben. Unser Gewährsmann schreibt:

Die öffentlichen Erörterungen, die sich an die seit längerer Zeit gepflogenen Verhandlungen zwischen den Regierungen des Deutschen Reichs und Oesterreich-Ungarns über die künftige Gestaltung der beiderseitigen zoll- und handelspolitischen Verhältnisse knüpfen, sind neuerdings zu der unwiderprochen gebliebenen Auffassung gelangt, daß letzteres in Frage stehe, eine deutsch-österreichisch-ungarische Zollunion herzustellen. Beider hat die deutsche Reichsregierung keine Vertreter aus Handel und Industrie herangezogen oder auch nur gutachtlich im Verlaufe dieser Verhandlungen gehört, so daß man auch in diesen eigentlich berufenen Kreisen über den Kurs, den unser handelspolitisches Reichschiff steuert, amtlich ununterrichtet geblieben ist. Wie ernst und besorgt man aber die werdenden Dinge an den Stellen aufsaßt, die das Interesse von Handel und Industrie unmittelbar als Beteiligte und dieses Interesse Vertretende zu wahren haben, mag sich daraus ergeben, daß diese Stellen durchaus mit der Möglichkeit einer solchen Zollunion oder ähnlicher Bindungen rechnen. Der Gedanke wird in Verbindung gebracht mit der Meinung, daß man von gewisser Seite bestrebt sei, die polnische Frage im Sinne einer Personalverbindung mit Oesterreich zu lösen. Man befürchtet von einer derartigen auch an sich unwillkommenen politischen Lösung dieser Frage, daß sich aus ihr die wirtschaftspolitische Folgerung einer gleichberechtigten Stellung des Deutschen Reichs und Oesterreich-Ungarns in dem zukünftigen Polen und damit die Unerläßlichkeit einer zu schaffenden Zollunion unter den drei Staatskörpern ergeben werde. In der Tat: Sollte die polnische Frage in diesem Sinne gelöst werden und damit ein zukünftiges polnisches Reich unter Personalverbindung mit dem Träger der habsburgischen Krone und unter Einbeziehung des österreichischen Galiziens entstehen, dann wäre es unleugbar ein ziemlich glatter Weg, um für Oesterreich-Ungarn und Polen eine Zollunion herzustellen. Um alsdann die Ausfuhr Deutschlands nach Polen nicht nahezu unmöglich zu machen, müßte, wie man meint, eben auch Deutschland in die Zollunion mit eintreten. Ohne Frage wäre aber ein solcher Preis hundertfach zu teuer! Die deutsche Ausfuhr nach Polen gewönne denn doch nicht die Bedeutung, um ihretwegen die handelspolitische Bewegungsfreiheit des Deutschen Reiches zu opfern. Denn um nichts Geringeres würde es sich handeln. Es wäre im Rahmen eines zollpolitisch geschlossenen „Mittleuropas“ — um einmal dieses Schlagwort kurz an die Stelle des in Rede stehenden Zustandes zu setzen — vielleicht möglich, für die Gegenwart einen handelspolitischen Ausgleich unter den vielen einander widerstrebenden Interessen der Mittelstaaten herzustellen; aber damit wären uns auch die Hände für die Zukunft gebunden, alle gangbaren Wege verlegt, um kommende Bedürfnisse und Wandlungen wirtschaftspolitisch zu lösen und gegeneinander auszugleichen. „Ausgleich“ Oesterreich-Ungarn weiß seit langem ein Aed von seinen eignen innern Ausgleichen zu singen, und nun denke man an die Sisyphusarbeit der Zukunft, wirtschaftliche Ausgleichs etwa mit den dafür wenig naturveranlagten Polen herbeiführen zu sollen! Der enge eiserner Ring einer solchen Zollunion müßte jede bewegliche und anpassungsfähige Zoll- und Handelspolitik in Zukunft verhindern. Gerade deshalb aber trüge die Zollunion schon von vornherein ihr Sprengpulver in sich, denn das Bedürfnis der Staaten, sich frei nach ihren realen Erfordernissen zu regen, läßt sich eben nicht vertragsmäßig für lange Dauer einschnüren. Es wird überhaupt Sache der hohen Staats- und Reichspolitik sein, ihr Augenmerk auf eine glücklichere Lösung der polnischen Frage zu richten. Es gilt freilich nach wie vor das Wort, das dieser Tage ein Mann von ausgesprochenem Wirtschaftssinn geäußert hat: Wie man auch der Polenfrage zuleibe gehen mag, es ist und bleibt verkehrt! Es gibt aber doch Unterschiede, und so wird man vielleicht sehr gut tun, dafür zu sorgen, daß Polen nicht einseitig unter österreichischen Einfluß und damit ganz von selbst in eine enge währungs- und zollpolitische Verbindung mit Oesterreich gerät, um nur diese eine Folge hervorzubeben.

Wohl kann und soll man darauf bedacht sein, daß beide im Kriege verbündeten Reiche auch in handelspolitischer Hinsicht grundsätzlich bis zur Grenze der Möglichkeit vereint marschieren, sich beispielsweise gegenseitig in allen handelspolitischen Verhandlungen mit Dritten unterstützen und fördern. Es stünde also auch aus dem Gesichtspunkte unserer wirtschaftspolitischen Verfügungsfreiheit nichts entgegen, daß beide Reiche, soweit irgend tunlich, gemeinsame Richtlinien ausarbeiten und ein zolltarifarisiertes Schema miteinander vereinbaren. Solche Vereinbarungen könnten sehr wohl jedem einzelnen Staate bei seinen Verhandlungen mit Dritten als Grundlage dienen, ohne ihn im besondern abhängig zu machen und ohne ihn an einer selbständigen Handelspolitik nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Bedürfnisse zu verhindern. Ganz abgesehen von einer förmlichen Zollunion mit ihren verhängnisvollen Folgen, wären deshalb auch etwaige Vereinbarungen mit Oesterreich-Ungarn vom Abel, um eine gegenseitige Bevorzugung auf Kosten außenstehender Staaten zu gewährleisten. Denn das würde unsere bisherige Meistbegünstigungspolitik empfindlich beeinträchtigen und beschränken; es müßten neue Handelsverträge geschlossen werden auf der Grundlage, daß die an Oesterreich-Ungarn gewährte besondere Begünstigung den übrigen vertragsschließenden Ländern keinen Anspruch auf dasselbe Recht einräumt. Man kann sich unschwer ausmalen, zu welchen Widerständen, Reibungen, Zollschielen, kurz, zu welcher allgemeinen Wirtschaftskrieg das führen könnte. Ein solcher Zustand würde also geradezu darauf hinwirken, die noch neutralen Staaten unsere jetzigen Feinde in die Arme zu treiben und sie ihren noch unabsehbaren Einwirkungen handelspolitischer Art gefügig zu machen. Wie man gar auf solchem Wege zu befriedigenden Abkommen mit unsern jetzigen Gegnern gelangen sollte, bleibt vollends ein dunkles Geheimnis! Was wir brauchen, ist eine Gestaltung der Dinge, die die volle Möglichkeit lassen, daß Deutschland sich wieder auf den Weltmärkten betätigen, mit allen Ländern der Erde in den Güteraustausch eintreten kann, und zwar auf dem bewährten Wege unsrer bisherigen Meistbegünstigungspolitik. Etwas ganz anderes wäre es, wenn die Feinde von ihrer Seite — nicht mit großen Worten, sondern durch die Tat — einen gegen uns gerichteten Wirtschaftskrieg nach dem Kriege durchzuführen und durchzuhalten versuchen sollten. Dann ergäbe sich natürlich ein enger wirtschaftspolitischer Zusammenschluß der Mittelmächte gegen die feindseligen Randstaaten als ein unvermeidlich notwendiger Gegenzug der Abwehr von selbst. Wollte man aber schon jetzt diese Maßregel erklären, so würde wieder einmal Vernunft Unsinn und Wohltat Plage, denn man förderte damit offensichtlich nur die gewiß noch immer bestehenden Bestrebungen auf feindlicher Seite, Deutschland und die übrigen Mittelmächte vom Weltverkehr abzuschneiden und für dies Beginnen den Schein eines guten Rechtes zu gewinnen.

Aber die verschiedenen Ideologien, die sich in manchen Köpfen mit dem Begriff „Mittleuropa“ verbinden und die mehr Poesie als Realpolitik sind, möchten wir hier nichts weiter vorbringen. Einhermetisch abgeschlossenes, aus sich selbst heraus immer wieder sein wirtschaftliches Lebensblut schöpfendes und damit sich selbst genügendes Wirtschaftsreich im Herzen Europas ohne Anichluß an die ins Weltfreie hinaus führenden Kanäle für den Abfluß unsrer überschüssigen Erzeugung und den Zufluß der uns notwendigen Rohstoffe wäre auf die Dauer so etwas wie eine Verwandschaft, führte zur Verkümmern. Dem gefunden und klaren Denken kann sich ein solcher Zustand immer nur als ein Nothelfer darstellen. Selbstverständlich soll damit die wirtschaftliche Ausschöpfung der im Begriff Mittleuropa gegebenen Möglichkeiten und die große Bedeutung des ganzen Begriffs an sich durchaus nicht verkannt sein. Je mehr man in diesem Sinne für Mittleuropa tun kann, ohne die Betätigung der Völker auch über diese Grenze hinaus zu binden, um so besser ist es. Eines nicht an Stelle des andern, sondern das eine neben dem andern! Wenn auch Oesterreich-Ungarn den Ertrag seiner Landwirtschaft sehr wohl steigern und damit seinen deutschen Bundesgenossen mit manchem wichtigen Gut ausshelfen könnte, so ist doch nicht zu vergessen, daß eine solche Steigerung des Landbaus, der Viehzucht und dergleichen verhältnismäßig bald keine Grenze erreichen würde, eine Grenze, die sich aber keineswegs mit der Grenze unsers Bedürfnisses deckte. Im wesentlichen würde eine landwirtschaftliche Steigerung die Ausgabe Ungarns sein; man darf aber nicht übersehen, daß die amtlichen Stellen Ungarns und auch die wirtschaftlichen Betätigungen seiner Bevölkerung viel eher darauf ausgehen, die Leistungsfähigkeit des Landes in industrieller Richtung zu steigern. Dagegen wäre durch eine schrankenlose Verkittung beider Reiche unsere eigene Landwirtschaft einer verhängnisvollen Überflutung durch die billiger herzustellenden Erzeugnisse der österreichischen und ungarischen Landwirtschaft ausgekehrt, und auf der andern Seite würde die Industrie des Nachbarreiches von der ungleich leistungsfähigeren und stärkeren Deutschlands, die ihrerseits natürlich für den Anhang ihre Vorteile dabei hätte, vermehren an die Wand gedrückt werden, daß ein Gegenbruch entstehen und schließlich doch wieder zu einer gewaltigen Umgestaltung der so naturwidrig aufgebauten Verhältnisse führen müßte. Alles in allem: das Feldgeld sei nicht „die Weltwirtschaft“ — die Mittleuropa, sondern man erstrebe mit hohem Ernst und heiligem Bemühen die Bewegungsfreiheit des einzelnen Staates auf einer gemeinsamen auszubauenden wirtschaftlichen Grundlage Mittleuropas mit offenem Zugang zur Weltwirtschaft. Es wäre dringend erwünscht, daß unsre berufenen wirtschaftlichen Vertretungen diese für Deutschlands Zukunft ohne Frage höchst wichtigen Grundzüge an maßgebender Stelle mit Entschiedenheit zum Ausdruck brächten.